

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

2018 haben wir die Straßenausbaubeiträge (STRABS) zu Fall gebracht, weil sie ungerecht waren, den gemeindlichen Frieden gestört und Anlieger finanziell stark belastet haben. Nun zeichnen sich vergleichbare Probleme bei der Festsetzung von Erschließungsbeiträgen (STREBS) ab: Eigentlich sieht das Kommunalabgabengesetz vor, dass Erschließungsbeiträge nicht mehr erhoben werden dürfen, wenn seit Beginn der Erschließung mindestens 25 Jahre vergangen sind. Es häufen sich aber Fälle, in denen Anwohner trotzdem zur Kasse gebeten werden – mit der Begründung, dass frühere Baumaßnahmen lediglich als Provisorien einzustufen seien. Grundstückseigentümer müssen dann bis zu 90 Prozent der Kosten tragen.

Das führt in den Kommunen zunehmend zu Verwerfungen. Wir streben deshalb an, die wachsenden Probleme vor Ort anzugehen – und zwar mit einer Klarstellung des Begriffs der erstmaligen Herstellung im Kommunalabgabengesetz. Wir müssen sowohl für unsere Bürger als auch für die Verwaltung einen verlässlichen Rahmen schaffen. Als Beginn der erstmaligen Herstellung gilt aus unserer Sicht der Zeitpunkt, in dem die Straße Erschließungsfunktion hat. Zentral für den Anwohner ist nämlich die Funktion der Straße und nicht die Frage, ob es sich bei einer Straße um ein Provisorium handelt oder nicht.

Wir haben nach dem Gerichtsurteil aus dem Jahr 2023, das eine sehr spitzfindige Einzelfallprüfung vorsieht, die Aufgabe, für Rechtssicherheit zu sorgen und durch eine gesetzliche Klarstellung den bereits 2016 vorhandenen Willen des Gesetzgebers zur Geltung zu bringen. Schlussendlich muss der Grundsatz gelten: Wenn sich die Kommune bei der ordnungsgemäßen Herstellung der Straße mehr als 25 Jahre Zeit lässt, muss sie die Kosten selbst tragen.

Wir führen dazu bereits Gespräche mit unserem Koalitionspartner und versprechen: Wir bleiben unserer Linie treu, die wir bereits in der Vergangenheit zu STRABS und STREBS verfolgt haben.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Dr. Martin Brunnhuber



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:

UNSER DRINGLICHKEITSANTRAG: AKTIVRENTE FÜR ALLE!

SEITE 3:

UNSER DRINGLICHKEITSANTRAG ZUM SUDETEN-DEUTSCHEN TAG 2026 IN BRÜNN

SEITE 5:

UNSERE WOCHE AUF SOCIAL MEDIA

RÜCKBLICK

Unser Dringlichkeitsantrag: Aktivrente für alle möglich machen

Seit dem 1. Januar 2026 dürfen Rentner im Rahmen der Aktivrente bis zu 2.000 Euro pro Monat steuerfrei hinzuverdienen – doch diese Regelung gilt nur für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dabei leisten Freiberufler, Selbstständige und Beamte sowie Land- und Forstwirte einen unverzichtbaren Beitrag zur Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag die Ausweitung der Aktivrente gefordert. Wir halten es für ein Unding, dass Menschen, die im Rentenalter weiterarbeiten möchten, steuerlich benachteiligt werden – nur weil sie nicht in einem sozialversicherungspflichtigen Job beschäftigt waren. Jede Form von Arbeit muss honoriert werden, unabhängig vom Beschäftigungsstatus.

Besonders problematisch ist die Benachteiligung in systemrelevanten Berufen: Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Steuerberater und Ingenieure sichern die Versorgung unserer Gesellschaft mit essenziellen Dienstleistungen – doch wenn sie über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten wollen, gibt es keine steuerlichen Anreize. Auch Beamte, die nach Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze weiter tätig werden, profitieren nicht von der Aktivrente, obwohl ihre Expertise gerade in Zeiten des demografischen Wandels dringend gebraucht wird.



**Aktivrente
für alle
möglich machen!**

Wir setzen uns deshalb für eine Ausweitung der Aktivrente auf Bundesebene ein. Denn die bisherige Beschränkung widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz und ist arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv. Eine Öffnung auf alle Berufsgruppen wäre nicht nur im Sinne der Gerechtigkeit zu begrüßen, sie würde auch Fachkräfte im Rentenalter vermehrt in ihren Tätigkeiten halten – zum Nutzen für die gesamte Gesellschaft.

Mehr dazu [HIER](#).

Dringlichkeitsantrag zum Sudetendeutschen Tag in Brünn: Klares Bekenntnis zur bayerisch-tschechischen Partnerschaft

Mit einem Dringlichkeitsantrag zum 76. Sudetendeutschen Tag in Brünn setzen wir ein starkes Zeichen für die bayerisch-tschechische Partnerschaft. Genau 80 Jahre nach Beginn der Vertreibung findet die viertägige Veranstaltung erstmals in der Tschechischen Republik statt – ein mutiges Zeichen für die europäische Zivilgesellschaft, das den festen Willen beider Seiten zur historischen Aufarbeitung unterstreicht. Die bayerisch-tschechische Partnerschaft steht auf einem soliden Fundament und wird von breiten Teilen der Bevölkerung getragen. Das zeigt, dass der mühsam beschrittene Weg der Völkerverständigung mittlerweile tief in der Mitte der tschechischen Gesellschaft und Politik verankert ist. Gerade gegenwärtig ist die Fortführung der engen parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien wichtig. Wir müssen deshalb weiterhin Brücken bauen und ein klares Bekenntnis für ein starkes, geeintes Europa ablegen, das gemeinsam in die Zukunft blickt. Deshalb gilt es, gemeinsam an einer stabilen parlamentarischen Basis für diese bayerisch-tschechische Partnerschaft zu arbeiten und die bewährte Kooperation fortzuführen. Auch die Staatsregierung wird diese Verbundenheit weiterhin aktiv pflegen, um sich auch künftig entschlossen für die Versöhnung der Völker einzusetzen. Mehr [HIER](#).

Aktuelle Stunde: Bayerns Wohlstand sichern und vor neuen Bedrohungen schützen!

Die Wirtschaft Bayerns ist der Motor der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb sind wir mit Abstand das größte Geberland im Länderfinanzausgleich. Unsere heimische Wirtschaft ist breit aufgestellt. High-Tech-Bereiche wie Luft- und Raumfahrt, Biotechnologie, Gesundheitswirtschaft und Software finden hier starke Rahmenbedingungen. München ist der Top-Standort für Digital-Start-ups. Zudem stehen wir zu unserer Land- und Forstwirtschaft in unserem Freistaat. Gleichzeitig bildet unser starker, innovationsgetriebener Mittelstand das verlässliche Rückgrat der regionalen Wertschöpfung. Um dessen enorme Wirtschaftskraft zu steigern, braucht es endlich spürbare Entlastungen statt immer neuer Auflagen aus Berlin. Gegen hohe Steuern und Energiepreise sowie unnötige Bürokratiekosten muss der Bund dringend etwas unternehmen. Er muss Reformen anstoßen, um unsere hochqualifizierten Arbeitsplätze zu erhalten und eine gute Zukunft für Bayern zu ermöglichen. Mehr [HIER](#).

Regierungserklärung im Landtag: Wirtschaftlicher Erfolg und lebendige Demokratie sind untrennbar miteinander verwoben

Wirtschaftlicher Erfolg und eine lebendige Demokratie sind untrennbar miteinander verwoben. Nur wo stabile demokratische Institutionen, Rechtssicherheit und die Freiheit des Einzelnen garantiert sind, können unsere mittelständischen Betriebe, das Handwerk und unsere Industrie verlässlich planen und investieren. Die Demokratie ist das Fundament, auf dem unser Wohlstand überhaupt erst erwächst.

Wer unsere demokratischen Werte angreift, gefährdet im selben Atemzug die Arbeitsplätze und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Unsere Priorität bleibt daher klar: Wir investieren konsequent in die Innovationskraft Bayerns und stärken gleichzeitig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat. Ob bei der Sicherung der Energieversorgung, der Entlastung unserer Unternehmen von Bürokratie oder dem Schutz unserer Institutionen – wir sorgen dafür, dass die Modernisierung im Einklang mit der Bevölkerung geschieht.

In Zeiten globaler und gesellschaftlicher Unsicherheiten braucht es eine Bayerische Staatsregierung, die wie ein Fels in der Brandung steht und extreme Kräfte entschlossen in die Schranken weist. Wir als FREIE WÄHLER im Landtag garantieren eine sachorientierte und bodenständige Politik, die den Wirtschaftsstandort stärkt und unsere Demokratie schützt. Wir reden nicht nur über Freiheit und Wohlstand, wir sichern sie aktiv für die Menschen im Freistaat.

Gleichwohl gilt: Bayern kann Krise, aber auch wir müssen noch zulegen. In der Vergangenheit haben wir den Eindruck erweckt, wir könnten jedes Problem oder vermeintliche Problem oder die Anliegen jedweder Interessengruppe lösen – meistens mit Geld. Aber die Politik ist kein Wohlfühlautomatismus: Wir werden künftig öfter Nein sagen müssen. Nur ein ehrlicher Umgang mit Fakten schafft Vertrauen, das insbesondere gegenüber der Bundespolitik in Teilen der Gesellschaft verlorengegangen ist.

Zudem gilt: Wir werden alle mehr leisten müssen. Das betrifft die Arbeit ebenso wie die Effizienz und Bereitschaft zum Risiko und zu Investitionen. All das können wir nicht von oben verordnen, sondern müssen die richtigen Anreize setzen. Dies beginnt mit Wertschätzung gegenüber dem Steuerzahler statt mit Reichen-Bashing sowie Forderungen nach höheren Steuern und Abgaben und endet mit einer Konzentration der Ausgaben auf wenige Bereiche wie Bildung und Wirtschaft – beispielsweise der Hightech Agenda.

Mehr [HIER](#).

Gerichtsurteile als Chance für Neuregelung des Düngerechts

Wir fordern eine grundlegende Kehrtwende in der Agrarpolitik und ein Ende pauschaler Bewirtschaftungseinschränkungen. Hintergrund sind Urteile des Bundesverwaltungsgerichts gegen die bisherige Ausweisung sogenannter roter und gelber Gebiete. Konkret fordern wir ein neues, verursachergerechtes Konzept ohne starre rote Gebiete. Bis zur Schaffung einer rechtssicheren Neuregelung verlangen wir zudem, jede Ausweisung neuer roter oder gelber Gebiete in Bayern auszusetzen. Denn die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts sind die Chance, das Düngerecht endlich mutig zu reformieren, da die bisherigen Rechtsgrundlagen zu den pauschalen Gebietsausweisungen verfassungswidrig sind und das Eigentumsrecht sowie die Berufsfreiheit unserer Bauern massiv beschränken. Wir brauchen jetzt schnellstmöglich Klarheit und ein System, das eine leistungsfähige, regionale Landwirtschaft ermöglicht, anstatt unsere Betriebe mit Bürokratie zu erdrücken. Anstelle von Verboten müssen künftig differenzierte, wasserschonende Bewirtschaftungsweisen sowie eine bedarfsgerechte Düngung im Vordergrund stehen. Das Ziel muss eine einzelbetriebliche Betrachtung sein, die auf Einflussfaktoren abseits der Landwirtschaft und auf Verursachergerechtigkeit setzt. Mehr [HIER](#).

Im Ernstfall: Kommunen müssen handlungsfähig bleiben

Angesichts des offen zur Schau gestellten russischen Imperialismus und der bereits stattfindenden hybriden Angriffe auf die Bundesrepublik und ihre europäischen Verbündeten fordern wir zielgerichtete Maßnahmen zur Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz. Den Kommunen kommt hier eine Schlüsselrolle zu, da sie im Verteidigungsfall für die Umsetzung des Zivilschutzes vor Ort verantwortlich sind – besonders wegen Deutschlands Rolle als zentraler Drehscheibe für Truppen- und Materialtransporte. Um kommunale Mandatsträger und Führungskräfte gezielt auf diese Herausforderungen vorzubereiten, setzen wir uns mittels Antrag für die Entwicklung eines Veranstaltungsmodells ein: Erste Bürgermeister, Landräte und Bezirkstagspräsidenten sowie Führungskräfte der kommunalen Verwaltungen müssen über Planungen, Vorbereitungsmaßnahmen und Aufgabenfelder aufgeklärt werden – insbesondere in den Bereichen Zivilschutz und zivil-militärischer Zusammenarbeit. Bei der Koordination der Schulungen setzen wir auf Synergien mit bereits bestehenden Bildungsträgern: So ist etwa eine Kooperation mit der Bayerischen Verwaltungsschule denkbar. Mehr [HIER](#).

Hochwertiges Bauen im Freistaat erhalten – aber bezahlbar und transparent!

Angesichts der enormen finanziellen Herausforderungen der öffentlichen Hand können wir uns keine staatlichen Bauprojekte leisten, deren Kosten jene privater Vorhaben systematisch übersteigen. Wir müssen interne Kostentreiber wie Übererfüllungen von Standards auf den Prüfstand stellen und durch transparente Kostenkennwerte eine klare Obergrenze pro Quadratmeter Nutzfläche oder Arbeitsplatz einziehen. Gleichzeitig gilt: Eine hochwertige Baukultur im Freistaat bleibt wichtig. Konkret wollen wir mittels Antrags erreichen, dass die Vergabe von Mitteln für „Kunst am Bau“ künftig noch besser umgesetzt werden kann. Mit dem vorgeschlagenen Hybridmodell deckeln wir die Ausgaben sinnvoll bei maximal 250.000 Euro pro Projekt und ermöglichen zudem in begründeten Fällen – etwa bei reinen Zweckbauten oder bereits kulturell genutzten Gebäuden – einen vollständigen Verzicht. Das schafft die dringend benötigte Flexibilität im staatlichen Hochbau. Mehr [HIER](#).

UNSERE WOCHE AUF SOCIAL MEDIA

#ReelDerWoche: Wir investieren weiter in die Zukunft unserer Kinder!

Die Stadt München hat angekündigt, für städtische Kitas künftig Gebühren zu erheben. Ihre Begründung: Der staatliche Beitragszuschuss in Höhe von 100 Euro stehe nicht mehr zur Verfügung.

Ob das so stimmt? Unser sozialpolitischer Sprecher Anton Rittel ordnet die Behauptung von Münchens Neu-OB Dominik Krause im Reel ein.

Zum Reel auf Instagram geht's [HIER](#).



**ANTON
RITTEL**

**Wir investieren weiter
in die Zukunft unserer
Kinder!**

#FotosDerWoche: Zu Besuch beim Aerospace Cluster in Gilching

Klasse statt Masse: Das gilt im Luft- und Raumfahrtsektor ganz besonders. Und hier ist Bayern an der Spitze vertreten. Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl besuchte zusammen mit Landtagsvizepräsident Alexander Hold und dem innenpolitischen Sprecher Wolfgang Hauber deshalb das Aerospace Cluster bavAIRia am Flugplatz Oberpfaffenhofen. Wir sind beeindruckt von der Fachkompetenz und Innovationsfähigkeit der Unternehmen vor Ort, egal ob bei der Entwicklung hochkomplexer Raumfahrtstechnik oder bei der Neuerfindung eines traditionsreichen Dornier-Flugzeugs für aktuelle Herausforderungen. Wichtig ist aber auch: Ohne staatliche Mittel und Aufträge ist es für Hochtechnologie-Unternehmen schwer, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Wir fördern mit der Bayerischen Hightech Agenda bereits zahlreiche bayerische Spitzentechnologien und werden uns im Bund und auf EU-Ebene weiter für optimale Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Bayern einsetzen. Zur Fotogalerie geht's [HIER](#).



#Weltbienentag: Wir tun was für Bienen

Bienen gehören zu den wichtigsten Bestäubern der Erde: Sie bestäuben etwa 80 Prozent aller heimischen Nutz- und Wildpflanzen und sichern so ein Drittel unserer Nahrungsmittel.

Um sie zu schützen, unternimmt der Freistaat große Anstrengungen – mehr dazu in den Slides [HIER](#).

#AustauschDerWoche: Parlamentarisches Frühstück mit dem Bauernverband

Diese Woche sind wir zu einem Parlamentarisches Frühstück mit dem Bayerischen Bauernverband zusammengekommen. Im direkten Austausch ging es um aktuelle Herausforderungen, Zukunftschancen und jüngste Gesetzgebungsverfahren, die unsere Landwirtinnen und Landwirte bewegen.

Für uns steht fest: Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen Rückendeckung statt ständig neuer Hürden! Zu unseren Kernforderungen zählen deshalb: **Eigentum schützen:** Weitere planwirtschaftliche Eingriffe in das Eigentum unserer Bauern lehnen wir klipp und klar ab! **Kooperation statt Verbote:** Wir fordern den konsequenten Ausbau des kooperativen Naturschutzes. Nachhaltigkeit funktioniert nur mit den Landwirten, nicht gegen sie.

Überregulierung und praxisfremde Auflagen – wie sie bei aktuellen Verfahren drohen – gefährden die Existenz unserer Familienbetriebe und damit unsere regionale Versorgungssicherheit. Wir bleiben dran und setzen uns weiterhin für unsere heimische Landwirtschaft ein! Zum Post geht's [HIER](#).



In Zeiten globaler und gesellschaftlicher Unsicherheiten braucht es eine Bayerische Staatsregierung, die wie ein Fels in der Brandung steht und extreme Kräfte entschlossen in die Schranken weist.

Florian Streibl
Fraktionsvorsitzender

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

#ZitatDerWoche: Regierungserklärung im Landtag

Angesichts der weltweiten Krisen hat Bayerns Ministerpräsident Markus Söder diese Woche eine Regierungserklärung abgegeben. Für uns ist klar: Wirtschaftlicher Erfolg und eine lebendige Demokratie sind untrennbar miteinander verwoben. Nur wo stabile demokratische Institutionen, Rechtssicherheit und die Freiheit des Einzelnen garantiert sind, können unsere mittelständischen Betriebe, das Handwerk und unsere Industrie verlässlich planen und investieren. Mehr [HIER](#).

#HighlightDerWoche: Die Mutter der bayerischen Maß

Zum Tag des Messens am 20. Mai haben wir einen Exkurs in die Geschichte der Metrologie gewagt. Unser Vorsitzender Florian Streibl traf sich mit dem Leiter des Landesamtes für Maß und Gewicht Stefan Thums, um über die Geschichte einer ganz alltäglichen Einheit zu sprechen: der Maß Bier.

Der internationale Tag des Messens wird jährlich am 20. Mai begangen. An diesem Tag wurde im Jahr 1875 die internationale Meterkonvention unterzeichnet. [HIER](#) geht's zum Reel.



Alle Fotos und Grafiken: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Sie wollen immer auf dem Laufenden bleiben? Folgen Sie uns:

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

 <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

"Alle in diesem Newsletter verwendeten Bilder und Social Media-Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. © 2026 [FREIE WÄHLER Landtagsfraktion].

Die Nutzung oder Weiterverbreitung ist ohne ausdrückliche Genehmigung nicht gestattet."

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Landtagsabgeordneter
Dr. Martin Brunnhuber
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein
Telefon +49 861 21164123
kontakt@mdl-brunnhuber.de
